



Die Vorsitzende des
Jugendparlaments

Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Wenzel

Wiesbaden, 23.03.2023

1. Den Mitgliedern des
Jugendparlaments
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Jugendparlaments
am Mittwoch, 29. März 2023, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendparlaments am 15.02.2023
2. Black Community Foundation
3. Bericht des Vorstandes
4. Bericht der Vertreter:innen aus den Projektgruppen/Arbeitskreisen und Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung

5. **Wahl von Interimsvertretungen zur Erweiterung des Vorstandes um zwei Mitglieder bis August 2023**

6. **Wahl von Delegierten des Jugendparlaments für die Hessische Union zur Stärkung von Kinder- und Jugendinteressen (HUSKJ)**

7. **23-J-42-0003**

Anpassung der Mandatsregelung §4a JupaO
- Antrag von Léopold Richardt vom 22.03.2023 -

Allgemeines/ Unmittelbares/ Freies/ Gleiches/ Geheimes - Gleiches Wahlrecht für alle!
Demokratie erfahrbar machen, wie sie in der Bundesrepublik gelebt wird!

Die fünf Wahlrechtsgrundsätze sind von grundlegender Bedeutung für die Legitimität und Akzeptanz der Zusammensetzung eines gewählten Gremiums, das eine bestimmte Interessengruppe vertritt. Die Wahl des Jugendparlaments findet jedoch aufgrund des § 4a JuPaO jenseits des Grundsatzes der Gleichheit der Wahl statt. Die Gleichheit der Wahl ist jedoch von fundamentaler Bedeutung und macht jeden Wahlberechtigten in seiner Einflussmöglichkeit bei Wahlen gleich. Aufgrund der „Mandatsregelung“, die den in der JuPaO genannten Schulformen drei feste Sitze garantiert, kann es im Einzelfall dazu kommen, dass die Stimmen von Jugendlichen einer Schulform mit einem besonders hohen Anteil an Wahlberechtigten ein deutlich geringeres Gewicht haben als die Stimmen anderer Schulformen.

Die Jugendlichen sollen durch die Teilnahme an der Wahl eine Bestätigung dessen erhalten, was sie im Unterricht gelernt haben. Das Jugendparlament hat neben der Interessenvertretung der Wiesbadener Jugendlichen auch die Aufgabe, Jugendliche mit demokratischen Prozessen vertraut zu machen. Daher ist es irritierend, dass dieses wichtige Wahlprinzip nicht zum Tragen kommt und dass das Nachvollziehen des Wahlergebnisses mit langen und teilweise komplizierten Recherchen verbunden ist. Die Jugendlichen müssen erfahren können, dass der Zählwert ihrer Stimme identisch ist mit dem Zählwert der Stimmen aller anderen an der Wahl teilnehmenden Personen.

Die Verantwortung für eine mögliche Unterrepräsentation bestimmter Schularten liegt letztlich bei den Nichtwählern und nicht bei den Wählern. Es ist daher falsch, Kontingente zu Gunsten der Nichtwähler einer bestimmten Schulform zu bilden. Dies führt zu einer Zusammensetzung des Jugendparlaments, die sich teilweise nicht aus dem Wählerwillen ableiten lässt. Das Problem der hohen Wahlenthaltung muss auf anderem Wege gelöst werden und darf nicht zu Lasten der Wahlgrundsätze gehen. Die Zusammensetzung des Parlaments muss den Wählerwillen widerspiegeln.

Das Jugendparlament möge beschließen,
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,
Der Magistrat wird gebeten,

dass §4 der JuPaO in seiner jetzigen Form bei Wahlen zum Jugendparlament keine Anwendung mehr findet. §4 wird angepasst durch Streichung des Passus „in dem Verfahren nach Abs. 4a, 4b“.

8. 23-J-42-0005

Finanzierung des In(floh)markts

- Antrag von Musa Yolver (PG Inflohmarkt) vom 22.03.2023 -

Das Jugendparlament Wiesbaden veranstaltet am 02.06.2023 ein In(floh)markt auf dem Innen- und Außengelände des Schlachthofs. Es handelt sich dabei um ein politisches Bildungsevent bei dem Jugendliche die Chance haben sollen, in einer niederschweligen Umgebung etwas über Engagement und Ehrenamt zu lernen. Neben zahlreichen Informationsständen wird es auch einen Flohmarkt geben. Des Weiteren sind Livemusik, eine Podiumsdiskussion zum Thema "Erneuerbare Energien im Straßenverkehr", Workshops und ein Selbstverteidigungskurs geplant.

Die Kosten für Technikpersonal, Bühne, Workshops und Öffentlichkeitsarbeit, werden sich auf einen vierstelligen Betrag belaufen, allerdings werden einige Kosten vom Schlachthof übernommen.

Das Jugendparlament möge beschließen,
dass finanzielle Mittel in Höhe von 900€ für den In(floh)markt zur Verfügung gestellt werden.

9. 23-J-42-0006

Jugendparty im Kulturzentrum Schlachthof Wiesbaden

- Antrag von Emma Svojanovsky (AK Nachtleben) vom 22.03.2023 -

In Kooperation mit dem Kulturzentrum Schlachthof wird aktuell eine Jugendparty auf die Beine gestellt. Diese Freizeitveranstaltung soll für alle Jugendlichen ab 16 Jahren in Wiesbaden sein. Konkret geht es dabei um eine Party in einem Raum des Schlachthofs, welcher in etwa 300 Menschen fasst. Die Veranstaltung wird voraussichtlich am 22.09.2023 ab 20 Uhr stattfinden. Durch die Kooperation mit dem Kulturzentrum Schlachthof werden sich die Kosten für das Jugendparlament auf einen hohen dreistelligen Betrag belaufen. Aufgrund der verschiedenen Rechtsgrundlagen (Jugendschutzgesetz etc.) die für U/Ü 18-Jährige gelten, werden beim Einlass wieder verschiedenfarbige Armbänder verteilt.

Das Jugendparlament möge beschließen,

dass zum Zweck der Veranstaltung die entsprechenden finanziellen Mittel, die voraussichtlich nicht über einen dreistelligen Betrag hinausgehen werden, gezahlt werden dürfen. Bedingung ist dabei, dass der genaue Betrag allen Jugendparlamentarier:innen mindestens zwei Wochen vor der Zahlung mitgeteilt wird.

10. 23-J-42-0004

Protected Bikelanes

- Antrag von Léopold Richardt und Hendrik Schücke (AK Mobilität) vom 22.03.2023 -

Bestehende Fahrradwege können durch die Verwirklichung von baulichen Trennungen deutlich sicherer werden.

Für die Friedrich-Ebert-Allee bietet sich eine solche bauliche Trennung für den bestehenden Radweg in Höhe des RMCCs an. Die Notwendigkeit ergibt sich aus der häufig beobachtbaren überhöhten Geschwindigkeit und dem unverhältnismäßigen Beschleunigen einzelner Fahrzeuge zum Zwecke der Selbstdarstellung. Dieses Phänomen ist in der Friedrich-Ebert-Allee vor allem abends zu beobachten. Zudem wird der markierte Radweg häufig missachtet. Eine bauliche Trennung kann hier die Sicherheit und vor allem die Akzeptanz der Radfahrer deutlich erhöhen. Zudem führt diese Trennung nicht zu einer Beeinträchtigung des Autoverkehrs und ist somit für alle Verkehrsteilnehmer vorteilig.

Das Jugendparlament möge beschließen,
Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen,
Der Magistrat wird gebeten,

1. dass auf der Friedrich-Ebert-Allee, beginnend an der Kreuzung Rheinstraße Friedrich-Ebert-Allee und endend an der Einfahrt zur Tiefgarage des RMCC, auf dem bestehenden Fahrradweg eine bauliche Trennung in Form eines „Wiesbadener Schutzbordes“ realisiert wird.
2. dass auf der Friedrich-Ebert-Allee, beginnend an der Kreuzung mit der Viktoria-Luise-Straße und endend an der Kreuzung mit der Rheinstraße, eine bauliche Trennung in Form eines „Wiesbadener Schutzbordes“ realisiert wird.

11. 23-J-42-0007

Bau von Protected Bike Lanes

- Antrag von Léopold Richardt und Hendrik Schücke vom 22.03.2023 -

Das Jugendparlament Wiesbaden stellt hiermit einen Antrag auf den Bau von gesicherten Fahrbahnbegrenzungen, sogenannten Protected-Bike-Lanes¹, auf der Biebricher Straße ab dem Bildungszentrum InfraServ bis zum Anschluss der Biebricher Straße an die Wiesbadener Straße. Zusätzlich soll der Fahrradweg auf der Schwalbacher Straße im Abschnitt ab der Einfahrt des Parkhaus Mauritiusgalerie, sowie der Fahrradweg auf der Bahnhofstraße ab dem Beginn der Bushaltestelle Hauptbahnhof bis zur Kreuzung mit dem Kaiser-Friedrich-Ring, mit den oben genannten Fahrbahnbegrenzungen abgesichert werden.

In einem gemeinsamen Austausch mit dem ADFC kamen wir zu der Information, dass sich Wiesbadener Fahrradfahrende an Ballungsstellen des Verkehrs im Allgemeinen und insbesondere zu Stoßzeiten auf Fahrradwegen sehr unsicher fühlen. Dies hängt teilweise mit den engen Fahrradwegen zusammen, aber auch mit dem starken Verkehr an beispielsweise der Biebricher Straße. Um Wiesbaden somit sicherer für alle Bürger:innen und insbesondere für Jugendliche zu gestalten, sehen wir es als sehr wichtig an, die unten genannten Fahrradwege mit von gesicherten Fahrbahnbegrenzungen zu schützen.

Das Jugendparlament Wiesbaden möge beschließen,
Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen,
Der Magistrat wird gebeten,

1. Den Bau von gesicherten Fahrbahnbegrenzungen, sogenannten Protected-Bike-Lanes¹, auf der Biebricher Straße ab dem Bildungszentrum InfraServ bis zum Anschluss der Biebricher Straße an die Wiesbadener Straße durchzuführen.
2. Den Bau von gesicherten Fahrbahnbegrenzungen, sogenannten Protected-Bike-Lanes², auf dem Fahrradweg auf der Schwalbacher Straße im Abschnitt ab der Einfahrt des Parkhauses Mauritiusgalerie durchzuführen.
3. Den Bau von gesicherten Fahrbahnbegrenzungen, sogenannten Protected-Bike-Lanes³, beim Fahrradweg auf der Bahnhofsstraße ab dem Beginn der Bushaltestelle Hauptbahnhof bis zur Kreuzung mit dem Kaiser-Friedrich-Ring durchzuführen.
4. Das Jugendparlament regelmäßig über den Sachstand zu informieren.

12. 23-J-42-0002

Bau und deutliche Markierung von Fahrradwegen am Zietenring
- Antrag von Hendrik Schücke vom 21.03.2023 -

Das Jugendparlament Wiesbaden stellt hiermit einen Antrag auf den Bau von beidseitigen Fahrradwegen, mit Beginn an der Kreuzung Klarenthaler Straße - Kurt-Schumacher-Ring, den Kurt-Schumacher-Ring entlang bis zum Zietenring und dann diesen entlang bis zur Seerobenstraße, sowie diese mit einer roten Markierung zu hinterlegen. Ziel ist es, einen sicheren Fahrradverkehr rund um die Hauptverkehrsachsen der Dilthey-Schule und der Leibniz-Schule, sowie des Campus der Hochschule Rhein-Main sicherzustellen, auf welcher täglich mehr Tausend Schüler:innen und Student:innen mit Bus, Fahrrad und zu Fuß unterwegs sind.

Durch regelmäßige Umfragen auf den Social Media Kanälen des Jugendparlamentes hat sich ergeben, dass viele Jugendliche mit der aktuellen Verkehrssituation im Stadtgebiet von Wiesbaden und rund um ihre weiterführenden Schulen nicht zufrieden sind. Besonders im Verkehrssektor rund um die Dilthey-Schule und der Leibniz-Schule, sowie des Campus der Hochschule Rhein-Main wünschen sich Jugendliche eine bessere Anbindung an das Fahrradwegenetz, welches sich erst ab der Klarenthaler Straße Richtung Innenstadt fortsetzt. Ein regelmäßiger Austausch mit Student:innen in Wiesbaden, sowie dem Stadtschüler:innenrat und einzelnen SVen haben die Dringlichkeit vom Ausbau des Wiesbadener Fahrradwegnetzes bestätigt. Durch den Austausch mit dem Stadtschüler:innenrat haben wir ebenfalls erfahren, dass Erziehungsberechtigte von Schüler:innen niedrigerer Jahrgangsstufen teilweise nicht gewillt sind, ihre Kinder mit dem Fahrrad zur Schule fahren zu lassen, da es an der nötigen Fahrrad-Infrastruktur hierfür fehlt. Aus diesen Gründen schätzen wir die Priorität des Baus der oben genannten Fahrradwege als sehr hoch ein.

¹ <https://www.adfc.de/artikel/geschuetzte-radfahrstreifen>

² s. o. unter 1

³ s. o. unter 1

Das Jugendparlament Wiesbaden möge beschließen,
Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen,
Der Magistrat wird gebeten,

1. Den Bau von beidseitigen Fahrradwegen mit Beginn an der Kreuzung Klarenthaler Straße - Kurt-Schumacher-Ring, den Kurt-Schumacher-Ring entlang bis zum Zietenring und dann diesen entlang bis zur Seerobenstraße durchzuführen.
2. diese Fahrradwege mit einer roten Markierung zu hinterlegen.

13. 23-J-42-0008

Erneute Debatte um die Zusammenarbeit mit Fridays for Future
- Antrag des Vorstandes vom 22.03.2023 -

Bei der Vollversammlung des Jugendparlaments vom 27.09.2022 haben wir folgendes Entschieden:

„Es wird mehrheitlich beantragt, die Fragestellung als eingebracht zu betrachten und erneut aufzurufen, sobald eine konkrete Aktion/ein konkretes Projekt seitens FFF vorliegt.“

Der Vorstand möchte auf Anfrage diese Bestimmung weiter konkretisieren:

Eine projektbezogene Zusammenarbeit mit Fridays For Future(FFF) muss erfolgen können, wenn sich eine Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder, in der Vollversammlung des Jugendparlaments, dafür ausspricht. Diese Entscheidung muss bei jedem Projekt, nicht gemeint sind Social Media Auftritte, hier gelten andere Bestimmungen, neu getroffen werden und soll vor allem von den Akteuren abhängig sein, die noch an dem Projekt mitwirken und ob diese als politisch extrem (links) gelten. Besonders wichtig ist dabei, dass die Überparteilichkeit des Jugendparlaments nicht verletzt wird.

Social Media Auftritte müssen ebenfalls mit einer Mehrheit beschlossen werden, es werden folgende Abstufungen vorgenommen:

1. Das Reposten von Storys, sowie Beiträgen vom FFF Kanal Wiesbaden, welche auf die nächste Demonstration von FFF oder andere Aktionen, die alleine von FFF organisiert wurde aufmerksam machen, muss mit einer absoluten Mehrheit (16 Personen) beschlossen werden. Dabei reicht es, wenn die zu repostende Story/Beitrag von einem Mitglied der Vorstandes mindestens 12 Stunden vor dem Reposten in die allgemeine WhatsApp Gruppe geschickt und um eine Umfrage mit dem Abstimmungsmöglichkeiten: „Ja“, „Nein“ und „Enthaltung“ ergänzt wird.
2. Der gemeinsame Auftritt auf Social Media, etwa im Zuge eines gemeinsamen Projekts muss mit einer einfachen Mehrheit in der Vollversammlung, von den Stimmberechtigten des Jugendparlaments beschlossen werden. Dabei muss allen Mitgliedern bereits in der Einladung zur Vollversammlung ersichtlich sein, unter welchen Rahmenbedingungen und mit welchen Akteuren das Projekt geplant ist.

14. Verschiedenes

Seite 7 der Einladung zur Sitzung des Jugendparlaments am 29. März 2023

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt das Jugendparlament nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kristionat
Vorsitzende